

## Vergleich Wahlprogramme mit KOK-Forderungen zur Bundestagswahl

**Welche Parteien setzen sich für eine menschenrechtsorientierte Politik gegen Menschenhandel ein? Der KOK hat seine Forderungen mit den Wahlprogrammen der Parteien abgeglichen.**

Im Vorfeld der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 hat der KOK seinen Forderungskatalog für eine menschenrechtsorientierte Politik gegen Menschenhandel mit den Wahlprogrammen von CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und FDP verglichen. Die Übersicht stellt dar, wie sich die Parteien zu den zentralen Forderungen des KOK positionieren.

*Hinweis:* Die Tabelle bildet jeweils nur die zehn Hauptforderungen ab. Zu jeder dieser Überschriften wurden umfangreiche Einzelforderungen formuliert, welche in die Auswertung berücksichtigt wurden. Die vollständigen Wahlforderungen sind [hier](#) hinterlegt.

1. Entwicklung und Umsetzung einer umfassenden Strategie zur Stärkung der Rechte der Betroffenen				
CDU/ CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	Die Linke	FDP
„Immer noch gibt es Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch. <b>Menschenhandel</b> , Zwangsprostitution und Clankriminalität sind ein großes Übel und müssen bekämpft werden. Das „Dreisäulenmodell“ kann dabei als Orientierung dienen. Ein besonderer Fokus soll dabei auf der	„Wir bekämpfen konsequent <b>Menschenhandel</b> und jede Art sexueller Ausbeutung. Betroffene müssen schnell Schutz und Hilfe bekommen.“ (S. 44)  „Wir bekämpfen die Organisierte Kriminalität wirkungsvoll und nachhaltig. Dafür modernisieren wir die Definition der Organisierten	„ <b>Menschenhandel</b> zur sexuellen Ausbeutung stellt eine schwerwiegende Menschenrechtsverletzung dar, die vor allem Frauen betrifft. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Polizei und Justiz wollen wir stärken, um internationale Netzwerke von Menschenhandel und Zwangsprostitution	„Es braucht [...] verpflichtende Antidiskriminierungsschulungen im gesamten öffentlichen Dienst.“ (S. 53)  „Stattdessen müssen Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft in die Lage versetzt werden, mit der <b>dynamischen Entwicklung von Kriminalität</b>	Die <b>internationale Zusammenarbeit</b> von Polizei und Justiz wollen wir ausbauen. Beim Vorgehen gegen Clankriminalität und weitere Formen organisierter Kriminalität wollen wir Kontrollen unterschiedlicher Behörden im Verbund stärken.“ (S. 22)

<p><b>Präventionsarbeit</b> liegen.“ (S. 37)</p> <p>„Wir statten unsere Sicherheitsbehörden bei der <b>Cybersicherheit</b> mit den notwendigen Befugnissen, mit Fachpersonal und moderner Infrastruktur. [...] Deshalb bauen wir das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik zu einer Zentralstelle für Fragen der Informations- und Cybersicherheit aus. [...] Gemeinsam mit den Ländern schaffen wir die rechtlichen, organisatorischen und die technischen Voraussetzungen für eine <b>starke aktive Cyberabwehr</b> des Bundes.“ (S. 39)</p>	<p>Kriminalität und stärken unsere Sicherheitsbehörden. Wir wollen dabei auch die Organisierte Wirtschaftskriminalität besonders in den Fokus nehmen und <b>netzwerkartige Strukturen besser berücksichtigen.</b>“ (S. 43)</p> <p>„Wir stärken die gesamte Rechtsstaatskette: Neben den Sicherheitsbehörden wollen wir die <b>Staatsanwaltschaften und (Straf-)Gerichte stärken.</b> [...] Zudem wollen wir die Strafprozessordnung auf Effektivität reformieren und die Digitalisierung der Justiz mit bundesweit kompatiblen Systemen fortsetzen.“ (S. 43)</p> <p>„Wir verbessern die Strafverfolgung und unterstützen die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften [für sexualisierte Gewalt] durch die Länder.“ (S. 44)</p>	<p>aufzudecken und zu zerschlagen. Dabei verfolgen wir einen <b>menschenrechtsbasierten Ansatz</b> und rücken die Rechte und die Unterstützung der Betroffenen in den Fokus. Wir wollen den <b>ressortübergreifenden Nationalen Aktionsplan</b> umsetzen und weiterentwickeln.“ (S. 119)</p> <p>„Der Kampf gegen die Organisierte Kriminalität ist für uns ein Schwerpunkt. [...] Eine wesentliche Triebfeder für die Organisierte Kriminalität sind der illegale Drogenhandel sowie der <b>Menschenhandel</b> und die <b>Zwangsprostitution.</b> [...] Um dem entgegenzutreten, stärken wir die zuständigen kriminalpolizeilichen Bereiche des BKA, der Bundespolizei sowie des Zolls. Wir verbessern die <b>Zusammenarbeit</b> und den <b>Informationsaustausch</b> der <b>Sicherheitsbehörden</b> von Bund und Ländern mit der</p>	<p>Schritt zu halten: von der Wirtschaftskriminalität über <b>Cyber-Attacken</b> hin zu Manipulation mithilfe von KI und Algorithmen in sozialen Medien. [...] Zu einer angemessenen Ausbildung [von Polizist*innen] gehört auch die Vermittlung von Kenntnissen über das Wesen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.“ (S. 48 f.)</p>	<p>„Die Strukturen bei der Inneren Sicherheit müssen reformiert werden. [...] Auf europäischer Ebene fordern wir, Europol zu einem echten Europäischen Kriminalamt auszubauen. Denn Terrorismus, organisierte Kriminalität und <b>Cyberkriminalität</b> macht nicht an den Landesgrenzen halt.“ (S. 21)</p>
--	--	---	---	---

	<p>„Wir wollen konsequent auch gegen digitale Gewalt vorgehen. Dazu schaffen wir ein digitales Gewaltschutzgesetz. Hierfür schließen wir Strafbarkeitslücken bei bildbasierter Gewalt und schränken den Umgang mit sogenannten <b>Spionage-Apps</b> ein. [...] Wir machen das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zu einer <b>Zentralstelle in der Cyber- und Informationssicherheit</b>. Zudem stärken wir die Kompetenzen der Sicherheitsbehörden gegen Cybercrime.“ (S. 44 f.)</p>	<p>Einrichtung eines Gemeinsamen Zentrums Organisierte Kriminalität auf gesetzlicher Grundlage. Wir wollen, dass die Sicherheitsbehörden so aufgestellt werden, dass sie einen stärkeren Fokus auf Strukturermittlungsverfahren legen können. Die <b>wissenschaftliche Forschung</b> im Bereich der Organisierten Kriminalität wollen wir stärken. Auch <b>internationale Kooperationen</b> werden wir stärken, zum Beispiel durch gemeinsame Ermittlungen oder den Einsatz von Kontaktbeamt*innen in anderen Staaten. Die Kompetenzen der EUStA wollen wir auf die grenzüberschreitende Bekämpfung der Organisierten Kriminalität ausweiten.“ (S. 133 ff.)</p> <p>„Wir wollen die Bundespolizei und das Bundeskriminalamt (BKA) so aufstellen, dass sie das Personal, die Technik, das</p>		
--	---	---	--	--

		<p>Knowhow und auch die verfassungskonformen Befugnisse haben, die sie für eine effektive Aufgabenerfüllung benötigen. [...] Dazu zählt, dass wir <b>polizeiliche Ermittlungen im digitalen Raum stärken</b>. [...] Wir wollen mit Investitionen dafür sorgen, dass die Polizei in modernen Liegenschaften und mit guter Ausrüstung arbeiten kann, auch digital.“ (S. 133)</p>		
<p><b>2. Aufenthaltsrechte, Lebensunterhalt und Zugang zum Recht für Betroffene von Menschenhandel und Ausbeutung sichern</b></p>				
<p><b>CDU/ CSU</b></p> <p>„Wir entwickeln die Kinder- und Jugendhilfe so weiter, dass sie ihnen bestmögliche Unterstützung bietet. Dabei setzen wir auf Strukturen, die Sicherheit und Verlässlichkeit garantieren. Wir bauen <b>psychosoziale Unterstützungsangebote</b> aus.“ (S. 61)</p>	<p><b>SPD</b></p> <p>„Wir wollen die Integration verbessern und <b>Fachkräfte-einwanderung vereinfachen</b>. Wir werden die Integrationskurse ausbauen und sicherstellen, dass sie mit angemessenen Haushaltsmitteln finanziert werden, damit sie ihre zentrale Rolle bei der Erstintegration weiterhin erfüllen können. Wir wollen ein</p>	<p><b>Bündnis 90/ Die Grünen</b></p> <p>„Jugendverbände, die sich für Integration und Demokratie und gegen Antisemitismus und Rassismus einsetzen, wollen wir gezielt unterstützen und Mehrsprachigkeit als eine wertvolle Kompetenz fördern und damit jungen Menschen <b>unabhängig von Herkunft oder Aufenthaltsstatus faire</b></p>	<p><b>Die Linke</b></p> <p>„Wir setzen uns für eine umfassende Visaliberalisierung sowie für ein offenes und solidarisches Einwanderungsrecht ein, das sich <b>nicht mehr am Maßstab Herkunft oder ökonomische Verwertbarkeit orientiert</b>, sondern Teilhabe und Partizipation für alle ermöglicht. Auch Migration aus sozialen und</p>	<p><b>FDP</b></p> <p>„Den <b>Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten</b> wollen wir <b>aussetzen</b> und <b>Aufnahmeprogramme pausieren</b>.“ (S. 27)</p>

<p>„Wir wollen die ambulanten und stationären Versorgungsangebote für <b>psychische Erkrankungen</b> bedarfsgerecht verbessern, insbesondere für Kinder und Jugendliche.“ (S. 68)</p> <p>„Wir <b>setzen den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten aus und beenden alle freiwilligen Aufnahmeprogramme.</b>“ (S. 41)</p>	<p><b>Partizipationsgesetz</b> auf den Weg bringen: Durch verbindliche Regelungen soll <b>gleichberechtigte Teilhabe</b> in allen relevanten Bereichen – von Bildung und Arbeit bis hin zu politischer Mitbestimmung – erreicht werden.“ (S. 54)</p> <p>„Wir werden die <b>Familienzusammenführung für subsidiär Schutzbedürftige</b> weiterhin <b>ermöglichen</b>, da sie eine entscheidende Voraussetzung für eine gelungene Integration darstellt.“ (S. 55)</p>	<p><b>Chancen und Teilhabe bieten.</b>“ (S. 84)</p> <p>„<b>Opfer von Menschenhandel</b> sollen ein sicheres <b>Bleiberecht</b> bekommen, <b>unabhängig von ihrer Aussagebereitschaft im Strafverfahren.</b>“ (S. 119)</p> <p>„Daher wollen wir weiter den <b>Familiennachzug ermöglichen</b> und existierende Einschränkungen aufheben.“ (S. 130)</p> <p>„Die Rechte und die <b>Gesundheitsversorgung</b> von <b>Sexarbeiter*innen</b> werden wir menschenrechtsbasiert stärken.“ (S. 119)</p> <p><b>Psychosoziale Zentren für Geflüchtete</b> werden wir stärken und das Recht auf Sprachmittlung verankern.“ (S. 95)</p> <p>„Wir bauen die psychosoziale Hilfe aus und unterstützen</p>	<p>wirtschaftlichen Motiven ist ein legitimes individuelles Bedürfnis. Bei der weiteren Ausgestaltung der Einwanderungsregeln im Aufenthaltsgesetz drängen wir vor allem auf <b>Verbesserungen aus menschenrechtlicher Perspektive</b>, bspw. bei Regeln zum <b>Familiennachzug</b>. Migrationsabkommen mit Herkunfts- und Transitstaaten, die vor allem der Abschottung Europas und erleichterten Abschiebungen dienen sollen, lehnen wir ab.“ (S. 54)</p> <p>„Menschen <b>ohne regulären Aufenthaltsstatus</b> und Nichtversicherte wie etwa Wohnungslose müssen bundesweit <b>Zugang zur Gesundheitsversorgung</b> erhalten.“ (S. 17 f.)</p> <p>„Wir wollen ein <b>Bundespartizipationsgesetz</b>, um Menschen mit Migrationsgeschichte besser einzubeziehen und mehr in</p>	
---	--	---	---	--

		<p>vulnerable Gruppen von Beginn an.“ (S. 128)</p> <p>„Wir stehen für soziale Teilhabe [der Einwanderungsgesellschaft].“ (S. 128)</p> <p>„Mit einem <b>Bundespartzipationsgesetz</b> und einem Partizipationsrat stärken wir die Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte.“ (S. 117)</p>	<p>der Gesellschaft zu repräsentieren.“ (S. 53)</p>	
<p><b>3. Rechte von Betroffenen im Strafverfahren und Zugang zu Entschädigung/ entgangenem Lohn verbessern</b></p>				
<b>CDU/ CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>Bündnis 90/ Die Grünen</b>	<b>Die Linke</b>	<b>FDP</b>
	<p>„Wir wollen die <b>strafrechtliche Position</b> von <b>Opfern von sexualisierter Gewalt</b> weiter <b>stärken.</b>“ (S. 44)</p>			
<p><b>4. Sicherung, Stärkung und Ausbau des Hilfesystems sowie der Unterbringung für Betroffene</b></p>				
<b>CDU/ CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>Bündnis 90/ Die Grünen</b>	<b>Die Linke</b>	<b>FDP</b>
<p>„Wir lassen die Opfer häuslicher Gewalt, gerade</p>	<p>„Femizide stellen extreme Formen der Gewalt gegen</p>	<p>„Um Betroffene bei Partnerschaftsgewalt,</p>	<p>„Die <b>Istanbul-Konvention</b> zur Verhütung und Bekämpfung</p>	<p>„Zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt gegen</p>

<p>Frauen und Kinder, nicht allein. Ihr <b>Schutz</b> hat für uns Priorität. Wir entwickeln deshalb ein Sicherheitskonzept und stärken die <b>Frauenhäuser</b>. Die elektronische Fußfessel setzen wir verstärkt ein, damit Gewalttäter gegen Frauen Abstand zu ihren ehemaligen Partnerinnen halten.“ (S. 37)</p>	<p>Frauen dar. [...] Dagegen gehen wir präventiv wie repressiv mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln vor. [...] Wir setzen uns für eine vollständige <b>Umsetzung der Istanbul-Konvention</b> ein. [...] Mit einer <b>Verschärfung des Gewaltschutzgesetzes</b> wollen wir Betroffenen häuslicher Gewalt und anderer Nachstellungen besser schützen: Maßnahmen wie elektronische Fußfesseln, verpflichtende Anti-Gewalt-Trainings für Täter und Aufenthaltsverbote sowie Hausarreste bieten besseren Schutz vor Tätern und ermöglichen eine engmaschigere Überwachung in Gefahrensituationen. [...] Wir wollen einen <b>Anspruch auf Schutz und Beratung</b>: Mit einem bundesweiten Rechtsanspruch stellen wir sicher, dass Betroffene jederzeit Zugang zu <b>Schutzunterkünften</b> wie Frauenhäusern und</p>	<p>häuslicher oder geschlechtsspezifischer Gewalt besser zu schützen, sollen alle Betroffenen und ihre Kinder einen <b>Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung</b> erhalten. Durch eine Bundesbeteiligung stellen wir gemeinsam mit den Ländern <b>kostenfreie Hilfen</b> wie Frauenhäuser, Beratungsstellen und Schutzwohnungen flächendeckend sicher. [...] Dazu müssen Justiz sowie Polizei umfassend geschult werden. Annäherungsverbote müssen in Fällen von häuslicher Gewalt effektiv kontrolliert und durchgesetzt werden können, auch zum Beispiel durch den Einsatz der elektronischen Fußfessel. [...] <b>Die Istanbul-Konvention</b> [...] setzen wir konsequent um.“ (S. 118)</p> <p>„Um das besondere Vertrauensverhältnis zwischen staatlich</p>	<p>von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt muss in Deutschland endlich vollständig umgesetzt werden. Dafür muss die <b>Koordinierungsstelle</b> zur Umsetzung der Istanbul-Konvention ihre Arbeit aufnehmen und die Gesamtstrategie zur Bekämpfung und Prävention von Gewalt gegen Frauen umgesetzt werden. Frauenhäuser müssen bedarfsgerecht, einzelfallunabhängig und verlässlich finanziert werden. <b>Schutz und Beratung</b> müssen für alle Frauen und ihre Kinder überall in Deutschland <b>kostenfrei, anonym, pauschal und barrierefrei</b> zur Verfügung stehen.“ (S. 47)</p>	<p>Frauen möchten wir, dass Länder und Kommunen <b>Frauenhausplätze bedarfsgerecht ausfinanzieren</b> und dass durch eine bundesweite Online-Plattform verfügbare Frauenhausplätze in Echtzeit angezeigt werden.“ (S. 28)</p>
--	---	--	--	---

	Beratungsstellen erhalten. Wir wollen mehr Vorbeugung gegen geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt. Mit dem <b>Gewalthilfegesetz</b> wollen wir diese Strukturen weiter ausbauen und nachhaltig absichern.“ (S. 44)	anerkannten Sozialarbeiter*innen und Klient*innen rechtssicher zu schützen, wollen wir die Ausweitung des <b>Zeugnisverweigerungsrechts</b> prüfen.“ (S. 114)		
5. Schutz und Zugang zu Rechten für minderjährige Betroffene schaffen				
<b>CDU/ CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>Bündnis 90/ Die Grünen</b>	<b>Die Linke</b>	<b>FDP</b>
„Wir entwickeln die Kinder- und Jugendhilfe so weiter, dass sie ihnen bestmögliche Unterstützung bietet. Dabei setzen wir auf Strukturen, die Sicherheit und Verlässlichkeit garantieren. Wir bauen <b>psychosoziale Unterstützungsangebote</b> aus.“ (S. 61)	„Wir werden starke <b>Kinderrechte</b> auch im Grundgesetz verankern, um <b>Schutz</b> , Beteiligung und Förderung sicherzustellen.“ (S. 27)	„Wir wollen weiter daran arbeiten, dass die <b>Belange von Kindern als Geschädigte oder Zeug*innen vor Gericht</b> besser berücksichtigt werden.“ (S. 114)  „ <b>Unbegleitete minderjährige Geflüchtete brauchen besondere Unterstützung.</b> Wir setzen uns gegen Standardabsenkungen und für eine <b>kinder- und jugendgerechte Unterbringung</b> ein. Ein Schulbesuch, psychosoziale Hilfe und die Unterstützung vulnerabler Gruppen müssen von Inobhutnahme an schnell	„Wir wollen, dass <b>Kinder und Jugendliche</b> einen Rechtsanspruch auf gute Entfaltung und soziale Teilhabe bekommen. Gleiches gilt für den Schutz vor Gewalt. Deshalb wollen wir ihre <b>Rechte im Grundgesetz</b> verankern.“ (S. 16)  „Wir setzen uns zudem für eine <b>Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe</b> ein.“ (S. 17)	

		<p>sichergestellt werden. Wir bauen die <b>psychosoziale Hilfe</b> aus und unterstützen vulnerable Gruppen von Beginn an.“ (S. 128)</p> <p>„Kinder müssen [im Asylverfahren] grundsätzlich immer unter Respekt der <b>UN-Kinderrechtskonvention</b> untergebracht werden. Haft ist mit dem Kindeswohl grundsätzlich nicht vereinbar.“ (S. 131)</p>		
<p><b>6. Identifizierung und Schutz der Betroffenen von Menschenhandel im Kontext von Flucht und Asyl</b></p>				
<b>CDU/ CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>Bündnis 90/ Die Grünen</b>	<b>Die Linke</b>	<b>FDP</b>
<p>„Wir richten auch die deutsche Außen- und Europapolitik sowie die Entwicklungszusammenarbeit auf dieses Ziel [der Wende in der Migrationspolitik] aus. [...] Wir wollen die illegale Migration stoppen und die <b>humanitären Aufnahmen</b> auf ein Maß <b>beschränken</b>, das die Möglichkeiten Deutschlands nicht länger überfordert.“ (S. 40)</p>	<p>„Wir wollen, dass in ganz Europa <b>humanitäre Standards</b> für Geflüchtete bestehen und Migration solidarisch gesteuert wird. Das individuelle <b>Menschenrecht auf Asyl</b> und das internationale Flüchtlingsrecht sind die Basis für das Gemeinsame Europäische Asylsystem. [...] Wir setzen auf eine deutliche Beschleunigung der</p>	<p>„Wir verteidigen das <b>Grundrecht auf Asyl</b> und stehen zu unseren völkerrechtlichen Verpflichtungen wie der <b>Genfer Flüchtlingskonvention</b>, dem <b>subsidiären Schutz</b> und der <b>europäischen Menschenrechtskonvention</b>. Wir wollen zügige und faire Verfahren und damit Klarheit für Betroffene und für die Kommunen schaffen. Wer</p>	<p>„Die <b>Genfer Flüchtlingskonvention</b>, die <b>UN-Kinderrechtskonvention</b> und die <b>Europäische Menschenrechtskonvention</b> müssen eingehalten werden. [...] Asylrecht ist Menschenrecht. Wir lehnen alle bisherigen Asylrechtsverschärfungen ab. [...] Abschiebungen [...] lehnen wir ab.“ (S. 52 f.)</p>	<p>„Es braucht zügige Verfahren und klare Entscheidungen im Bereich der Migration. Wir wollen eine neue Migrationspolitik, die mehr steuert und ordnet.“ (S. 21)</p> <p>„Wer <b>ohne Bleiberecht</b> hier ist, der muss <b>unverzüglich in seine Heimat zurückkehren</b>. [...] Asylverfahren und Asylgerichtsverfahren</p>

<p>„Wir wirken auf europäischer Ebene darauf hin, zum <b>ursprünglichen Geist der Genfer Flüchtlingskonvention</b> zurückzukehren [zur <b>Abschaffung des subsidiären Schutzstatus</b>].“ (S. 41)</p> <p>„Die Bundespolizei muss die Kompetenz erhalten, <b>ausreisepflichtige Ausländer</b> vorübergehend in <b>Haft</b> oder <b>Ausreisegewahrsam</b> zu nehmen, um ihre Abschiebung sicherzustellen.“ (S. 41)</p>	<p>Asylverfahren – sowohl beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wie auch bei den verwaltungsgerichtlichen Verfahren. [...] Rückführungen sollen human und konsequent erfolgen. [...] <b>Schutzsuchende müssen Zugang zu fairen und rechtsstaatlichen Verfahren in der EU erhalten.</b> [...] Wir engagieren uns für umfassende Migrationsabkommen, die Zuwanderungswege in Ausbildung und Arbeit eröffnen und vor Ort die <b>Aufnahme von Geflüchteten</b> unterstützen.“ (S. 55 f.)</p> <p>„Wir wollen auch <b>geflüchtete Frauen besser vor Gewalt schützen</b> [...] [und] das eigenständige – vom <b>Ehegatten unabhängige – Aufenthaltsrecht</b> praxistauglicher ausgestalten.“ (S. 44)</p>	<p>nach individueller Prüfung auf asyl- und aufenthaltsrechtliche Voraussetzungen sowie nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht hat und bei dem keine Abschiebungshindernisse entgegenstehen, muss zügig wieder ausreisen.“ (S. 129 f.)</p> <p>„Wir stärken die Migrationsberatungsstellen und die Jugendmigrationsdienste, damit sie Menschen von Beginn an beraten können. Die <b>dezentrale Unterbringung</b> ist zu bevorzugen. Geflüchtete sollten Möglichkeiten nutzen dürfen, aus einer Unterkunft auszuziehen. Familienbezüge und individuelle Anknüpfungspunkte müssen berücksichtigt werden.“ (S. 128)</p> <p>„Viele <b>geflüchtete Frauen und Mädchen</b> sind vor, während und/oder nach der Flucht von <b>Gewalt</b> betroffen, deshalb müssen alle</p>	<p>„Wir werden die Zwangsunterbringung von Geflüchteten in Massenunterkünften beenden und dafür sorgen, dass für Wohnungslose, Saison- und Wanderarbeiter*innen und geflüchtete Menschen <b>regulärer Wohnraum</b> bereitsteht, der ihren Bedürfnissen entspricht.“ (S. 10)</p> <p>„Geflüchtete wollen wir bundesweit <b>dezentral</b> und in Wohnungen <b>unterbringen</b> und ihnen flächendeckend kostenlose Sprachkurse anbieten.“ (S. 52)</p> <p>„Außerdem muss der Bund über eine Pro-Personen-Pauschale die Unterbringungskosten für Geflüchtete vollständig erstatten.“ (S. 52)</p> <p>„Länder, Regionen und Städte, die bereit sind, mehr <b>Geflüchtete</b> aufzunehmen und adäquat <b>unterzubringen</b></p>	<p>müssen weiter <b>beschleunigt</b> werden.“ (S. 27)</p>
--	--	---	---	---

		<p>Aufnahmeeinrichtungen entsprechende Schutzkonzepte verpflichtend etablieren. <b>Gewaltbetroffene Frauen</b>, deren Aufenthaltsstatus von ihrem Ehemann oder Partner abhängt, sollen einen <b>eigenständigen Aufenthaltstitel</b> erhalten können. Damit diese Frauen ihr Recht leichter einfordern können, braucht es Zugang zu Beratung und Hilfestrukturen.“ (S. 119)</p> <p>„Die besonderen Bedürfnisse <b>vulnerabler Gruppen</b> wie Frauen, Kinder, queere Menschen oder Menschen mit Behinderung müssen im <b>Asylverfahren</b> berücksichtigt werden.“ (S. 131)</p>	<p>und zu <b>versorgen</b>, werden mit EU-Mitteln finanziell unterstützt.“ (S. 53)</p>	
--	--	--	--	--

## 7. Betroffene von Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung identifizieren und schützen

CDU/ CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	Die Linke	FDP
<p>„Für <b>ausländische Fachkräfte</b> richten wir eine digitale ‚<b>Work-and-Stay-Agentur</b>‘ ein. Sie bietet Service aus</p>	<p>„Fair gestaltete Einwanderung darf nicht zu <b>Ausbeutung, Lohndumping</b>, unfairem Wettbewerb oder</p>	<p>„Gegen [...] den <b>Missbrauch</b> von Werkverträgen und <b>Schwarzarbeit</b> wollen wir entschieden vorgehen. Die</p>	<p>„<b>Keine Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte in der Pflege!</b> Die ‚24-Stunden-Betreuung‘ ist eine</p>	<p>„Die Verfahren zur <b>Entsendung von Arbeitnehmern</b> innerhalb der EU wollen wir deutlich</p>

<p>einer Hand: Anwerbung, Arbeitsplatzvermittlung, Prüfung der Einreisevoraussetzungen, Visavergabe, Aufenthaltstitel.“ (S. 1, 13)</p>	<p>einer Erosion des Tarifgefüges beitragen. [...] Wir werden das <b>Fachkräfteeinwanderungsge</b> <b>setz</b> weiterentwickeln und die Digitalisierung der Verwaltungsentscheidungen vorantreiben.“ (S. 14)</p> <p>„Wir wollen das <b>Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz</b> (AGG) <b>modernisieren</b>, um effektiveren Schutz vor Diskriminierung zu gewährleisten.“ (S. 41)</p>	<p><b>Rechtsberatung für entsandte Beschäftigte</b> wollen wir absichern. Zusätzlich wollen wir die <b>Gewerkschaften</b> mit einem <b>Verbandsklagerecht</b> stärken. Sachgrundlose Befristungen lehnen wir ab. Die <b>Arbeitszeiterfassung</b> muss für alle Beschäftigten unbürokratisch und digital möglich sein und im Arbeitszeitgesetz geregelt werden. In Branchen, die von Schwarzarbeit betroffen sind, muss dies <b>manipulationssicher</b> erfolgen.“ (S. 68)</p> <p>„Mit der <b>Gruppenklage</b> wollen wir ermöglichen, dass mehrere Kläger*innen gleichartige Ansprüche gemeinsam gegen eine Beklagte bzw. einen Beklagten durchsetzen können und die Zivilgerichte in Massenverfahren entlasten.“ (S. 113)</p> <p>„Wir werden das <b>Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz reformieren</b>. Dazu weiten</p>	<p>Zumutung für alle Beteiligten. Die prekäre Lage dieser Menschen in ihren Herkunftsländern wird für eine Beschäftigung unter <b>inakzeptablen Bedingungen</b> ausgenutzt. Es braucht endlich eine <b>Regulierung</b> dieser <b>Beschäftigungsverhältnisse</b> mit Sozialversicherungsschutz, gesetzlicher Arbeitszeit, Urlaub und Mindestlohn.“ (S. 20)</p> <p>„Vereinbarungen und Regelungen zu <b>Menschenrechten</b>, zum <b>Arbeits- und Gesundheitsschutz</b>, zu Umwelt- und Klimaschutz-standards und zur <b>Bekämpfung von Kinderarbeit</b> sollen gestärkt und ausgebaut werden, etwa durch <b>verbesserte Klagemöglichkeiten, Beschwerdemechanismen</b> und mehr <b>staatliche Kontrollen</b>.“ (S. 25)</p> <p>„Die Bundesregierung muss endlich einen Aktionsplan zur</p>	<p><b>einfacher</b> und digitaler machen.“ (S. 17 f.)</p>
--	---	--	--	---

		<p>wir Fristen, Diskriminierungsgründe und den Anwendungsbereich aus, führen ein <b>Verbandsklagerecht</b> ein und schließen Schutzlücken.“ (S. 116)</p>	<p>Förderung von Tarifverhandlungen und zur Erhöhung der Tarifbindung aufstellen. [...] Handwerksinnungen müssen dazu verpflichtet werden, ihrem öffentlich-rechtlichen Auftrag nachzukommen und Tarifverträge abzuschließen, damit auch dort <b>Lohndumping</b> leichter <b>unterbunden</b> werden kann.“ (S. 26)</p> <p>„Um Sicherheit und Planbarkeit des Lebens zu ermöglichen, wollen wir <b>Leiharbeit</b> und sachgrundlose Befristungen <b>abschaffen</b>.“ (S. 26)</p> <p>„Damit der Arbeitsschutz funktioniert, dürfen auch ausländischen Beschäftigten keine Nachteile durch Kontrollen oder Meldung von Missständen entstehen. Deshalb müssen <b>Aufenthaltsrechte unabhängig vom Arbeitsvertrag</b> sein. Mobile Arbeitsrechtsberatung in</p>	
--	--	--	--	--

			<p>Muttersprachen muss dauerhaft finanziert werden. Kosten für Unterkünfte, die der Arbeitgeber stellt oder vermittelt, müssen gedeckelt werden und transparent auf der Lohnabrechnung stehen.</p> <p><b>Beschäftigte in Privathaushalten</b> sollen vorrangig über <b>gemeinwohlorientierte und kommunale Träger vermittelt</b> werden sowie über <b>zertifizierte Agenturen</b>, die Tarifverträge und gute Arbeitsbedingungen sicherstellen.“ (S. 26 f.)</p> <p>„Um Beschäftigte und ehrliche Betriebe besser zu schützen, brauchen wir <b>häufigere Kontrollen der Arbeitszeit- und Mindestlohnregelungen</b>, [...]“ (S. 27)</p> <p>„<b>Gewerkschaften</b> brauchen ein <b>Verbandsklagerecht</b>, damit Betroffene nicht allein klagen müssen.“ (S. 27)</p>	
--	--	--	---	--

			<p>„Es braucht eine klare Arbeitsdefinition von institutionellem und strukturellem Rassismus. Zudem fordern wir eine grundlegende <b>Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)</b>, die insbesondere die Klagefristen verlängert, ein <b>Verbandsklagerecht</b> vorsieht, die Diskriminierungsformen ‚Staatsangehörigkeit‘, ‚Aufenthaltsstatus‘, ‚familiärer Status‘ und ‚sozialer Status‘ umfasst und auch staatliches Handeln einbezieht.“ (S. 53)</p>	
<p><b>8. Neue Ausbeutungsformen – Ausbeutung im Rahmen von Leihmutterschaft, Zwangsheirat und illegaler Adoption – ins Strafgesetz aufnehmen und entsprechende Unterstützungsstrukturen schaffen</b></p>				
<b>CDU/ CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>Bündnis 90/ Die Grünen</b>	<b>Die Linke</b>	<b>FDP</b>
				<p>„Weltweit setzen wir uns für den Schutz und die Stärkung von Frauenrechten ein, z.B. durch den <b>Kampf gegen Zwangsheirat</b> [...].“ (S. 28 f.)</p>

## 9. Stärkung der Zivilgesellschaft

CDU/ CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	Die Linke	FDP
<p>„Wir setzen ein Vereinspaket für unser <b>Ehrenamt</b> um, mit dem wir Bürokratie, Datenschutz und Haftungsfragen angehen. [...] Wir erhöhen die Ehrenamts- und die Übungsleiterpauschale spürbar.“ (S. 55)</p>	<p>„Demokratie ist die Grundlage von allem. [...] Dabei suchen wir den Schulterschluss zu allen Demokratinnen und Demokraten sowie <b>Organisationen für eine starke Zivilgesellschaft.</b> [...] Gemeinsam mit einer starken Gemeinschaft der Demokratinnen und Demokraten wollen wir Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gegen alte und neue Feinde der Demokratie verteidigen. Wir wollen Demokratie erlebbar machen und die <b>Zivilgesellschaft in ihrem Engagement unterstützen.</b>“ (S. 40)</p> <p>„Eine lebendige Zivilgesellschaft ist das Rückgrat unserer Demokratie. Mit dem <b>Demokratiefördergesetz</b> schaffen wir die Grundlage, zivilgesellschaftliche</p>	<p>„Die <b>Demokratie zu schützen</b>, ist eine <b>gesamtgesellschaftliche</b> Aufgabe. Dabei ist der Staat auf die breite <b>Unterstützung der Zivilgesellschaft</b> angewiesen. Deswegen wollen wir Programme wie „Demokratie leben!“ finanziell stärken und dauerhaft mit einem <b>Demokratiefördergesetz</b> absichern.“ (S. 109)</p> <p>„<b>Zivilgesellschaftliche Organisationen</b> tragen das gemeinnützige Engagement. Ihre Arbeit wollen wir von überflüssiger Bürokratie entlasten. Zudem erweitern wir den Katalog <b>gemeinnütziger Zwecke</b>. Wir werden zudem gesetzlich klarstellen, dass gemeinnützige Zwecke auch durch Teilnahme an der <b>politischen und öffentlichen Willensbildung</b> verfolgt werden können und sich</p>	<p>„Wir brauchen eine <b>Reform des Gemeinnützigkeitsrechts</b> mit einer Klarstellung der als gemeinnützig anerkannten Zwecke. Die Mitwirkung an der <b>politischen Willensbildung</b> muss ausdrücklich möglich sein, ob zur Verfolgung eigener Zwecke oder darüber hinaus <b>für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte.</b> Organisationen, denen die Gemeinnützigkeit für ihre selbstlose politische Arbeit entzogen wurde, müssen sie zurückerhalten.“ (S. 12)</p> <p>„<b>Zivilgesellschaftliche Gruppen</b>, die sich gegen Rassismus, Antisemitismus, Homo- und Transfeindlichkeit, Antiziganismus, antimuslimischen Rassismus und für <b>mehr Demokratie</b> engagieren, sowie</p>	<p>„Damit sich <b>Ehrenamtliche</b> auf ihr Engagement konzentrieren können, wollen wir Vereine bei Haftungsrisiken und Bürokratie deutlich entlasten.“ (S. 31)</p>

	<p>Initiativen, die durch Programme wie das Bundesprogramm ‚Demokratie leben!‘ gefördert werden, nachhaltig zu unterstützen. Das <b>Gemeinnützigkeitsrecht</b> wollen wir modernisieren.“ (S. 41)</p> <p>„Wir wollen die Antidiskriminierungsstelle des Bundes weiter stärken und zivilgesellschaftliche Beratungsangebote ausbauen, damit Betroffene gezielte Unterstützung erhalten.“ (S. 41)</p>	<p>Organisationen gelegentlich auch außerhalb ihres gemeinnützigen Zwecks politisch äußern dürfen.“ (S. 112)</p> <p>„Wir wollen, dass <b>Beratungsstellen und Selbstorganisationen</b> [zur Überwindung von <b>Diskriminierung</b>] langfristig abgesichert und ausgebaut werden sowie die Antidiskriminierungsstelle des Bundes auch in ihren Kompetenzen gestärkt wird.“ (S. 115 f.)</p> <p>„Eine <b>starke Zivilgesellschaft</b> ist das Rückgrat einer wehrhaften Demokratie und eines nachhaltigen Friedens. [...] Wir wollen <b>zivilgesellschaftliche Organisationen</b> in ihrem Kampf für Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit gezielt und unkompliziert <b>unterstützen.</b>“ (S. 150)</p> <p>„Gleichberechtigung [...] bedeutet, die Rechte,</p>	<p>Flüchtlingsräte, migrantische Verbände, selbstverwaltete Beratungsangebote und die Selbstorganisation von Migrant*innen wollen wir durch ein <b>Demokratiefördergesetz</b> stärken und endlich dauerhaft fördern.“ (S. 53 f.)</p>	
--	---	---	--	--

		Ressourcen und Repräsentation von Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen weltweit zu stärken und alle Diskriminierungsformen, auch Mehrfachdiskriminierungen, abzubauen. Wir wollen [...] <b>mehr Mittel für Frauen- und Menschenrechtsorganisationen</b> bereitstellen.“ (S. 151)		
<b>10. Umsetzung internationaler Vereinbarungen und Stärkung grenzüberschreitender Kooperationen</b>				
<b>CDU/ CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>Bündnis 90/ Die Grünen</b>	<b>Die Linke</b>	<b>FDP</b>
„Das <b>deutsche Lieferkettengesetz schaffen wir ab</b> . In Europa wollen wir <b>Belastungen</b> einen Riegel vorschieben, etwa der Regulierung für nachhaltige Investitionen (Taxonomie) oder der Nachhaltigkeitsberichterstattung (Corporate Sustainability Reporting).“ (S. 15)  „Für uns sind Menschenrechte universell,	„Wir wollen konkrete Vereinbarungen zu internationalen Standards, die gute Arbeit mit existenzsichernden Löhnen sicherstellt. Mit der <b>EU-Lieferkettenrichtlinie</b> haben wir klare Regelungen und <b>gleiche Voraussetzungen für alle</b> Unternehmen in Europa geschaffen.“ (S. 64)  „Auf europäischer Ebene gilt ab 2026 das Gemeinsame	„Mehr Verantwortung in den UN erfordert von Deutschland und der EU, ihr Engagement diplomatisch, <b>finanziell und personell</b> weiter zu <b>verstärken</b> .“ (S. 149)  „Die <b>EU-Lieferkettenrichtlinie</b> ist eine große Errungenschaft: Verbraucher*innen in Europa können sicher sein, dass Produkte, die sie hier kaufen,	„Das <b>Lieferkettengesetz</b> wollen wir <b>stärken</b> , statt es aufzuweichen. Vereinbarungen und Regelungen zu <b>Menschenrechten</b> , zum <b>Arbeits- und Gesundheitsschutz</b> , zu Umwelt- und Klimaschutzstandards und zur <b>Bekämpfung von Kinderarbeit</b> sollen gestärkt und ausgebaut werden, etwa durch <b>verbesserte</b>	„Noch wichtiger ist, dass bürokratische EU-Rechtsakte in Brüssel <b>abgeschafft</b> werden. [...] Denn Regelungen wie die EU-Taxonomie, die EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung (Corporate Sustainability Reporting Directive), die <b>EU-Lieferkettenrichtlinie</b> (Corporate Sustainability Due Diligence Directive) oder der Aktionsplan für

<p>unteilbar und unveräußerlich. Unser christliches Menschenbild gebietet es, dass wir den Ärmsten und Schwächsten auf der Welt helfen.“ (S. 47)</p> <p>„Bereits heute gibt es Möglichkeiten, um schwerwiegende <b>Verletzungen der Grundwerte</b> durch einzelne <b>Mitgliedstaaten</b> festzustellen und zu <b>sanktionieren</b>. Diese Spielräume müssen von der EU-Kommission konsequenter zur Anwendung gebracht werden.“ (S. 52)</p>	<p>Europäische Asylsystem (<b>GEAS</b>). [...] Das individuelle Menschenrecht auf Asyl und das internationale Flüchtlingsrecht sind die Basis für das Gemeinsame Europäische Asylsystem.“ (S. 55)</p> <p>„Auf weltweit verbindliche Regeln pochen wir auch bei den Verhandlungen zum UN-Vertrag für Wirtschaft und Menschenrechte. Wir stehen für die internationale Solidarität und für die universelle Geltung der Menschenrechte.“ (S. 64)</p>	<p>frei von Ausbeutung und Kinderarbeit entstanden sind. Wir sorgen dafür, dass die Lieferkettenrichtlinie <b>unbürokratisch in deutsches Recht übertragen</b> wird. So schaffen wir einen Binnenmarkt, in dem die europäische Wirtschaft durch unseren Einsatz für das europäische und deutsche Lieferkettengesetz global <b>Verantwortung</b> übernimmt.“ (S. 29)</p> <p>„Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (<b>GEAS</b>) setzen wir – wie jedes Recht – auf nationaler Ebene <b>grund- und menschenrechtskonform</b> um. Dabei werden wir uns mit all unseren Möglichkeiten dafür einsetzen, dass Integration gefördert wird, rechtsstaatliche Verfahren möglichst umfassend gewährleistet werden und <b>keine zusätzlichen, unnötigen Einschränkungen des Asylrechts</b> stattfinden.</p>	<p><b>Klagemöglichkeiten, Beschwerdemechanismen</b> und mehr <b>staatliche Kontrollen</b>. Unternehmen, die gegen diese Standards verstoßen, müssen stärker sanktioniert werden – auch auf internationaler Ebene.“ (S. 25)</p> <p>„Dabei sollen auch ökologische und soziale Auswirkungen entlang der Lieferketten bei der Entscheidungsfindung abgewogen werden.“ (S. 31)</p> <p>„Der Staat muss seinen Einfluss als großer Abnehmer nutzen, um soziale und ökologische Standards in den Lieferketten durchzusetzen.“ (S. 57)</p> <p>„Wir wollen <b>einheitliche Schutzstandards</b> auf hohem Niveau. Die Verantwortung darf nicht mithilfe von sichere Drittstaaten- oder Herkunftsländerregelungen verlagert werden. Das Gemeinsame Europäische</p>	<p>Kreislaufwirtschaft sorgen nicht für mehr Klimaschutz und Nachhaltigkeit, sondern in erster Linie für Frust in den Betrieben.“ (S. 12)</p> <p>„Wir stehen für eine regelbasierte internationale Ordnung, die für alle gilt. Dazu gehört auch das <b>Bekenntnis zur Universalität der Menschenrechte</b>. Wir fordern daher, dass Menschenrechtsverletzungen, Unterdrückung und Diskriminierungen konsequenter geahndet werden.“ (S. 47 f.)</p>
--	---	---	---	---

		<p>[...] Wir wollen <b>Migration besser ordnen bzw. steuern</b> und hierfür weitere menschenrechtsbasierte Migrationsabkommen abschließen und bestehende zügig umsetzen. Das heißt: Wir schaffen durch Visaabkommen und Ausbildungspartnerschaften für Studierende, Auszubildende und Fachkräfte <b>geregelte Migrationswege</b>. Dafür nehmen die Partnerländer Staatsangehörige zurück, die bei uns kein Aufenthaltsrecht haben.“ (S. 130 f.)</p> <p>„Wir bleiben fest in unseren Bündnissen verankert. [...] Wir wollen [...] um Partnerschaften [...] werben. So gewinnen wir auch Verbündete für die Reform des multilateralen Systems, für den <b>Einsatz für Menschenrechte weltweit</b>, [...]“ (S. 146)</p> <p>„Wir setzen uns für eine vorausschauende und</p>	<p>Asylsystem <b>GEAS lehnen wir ab</b>. [...] Systematische Binnengrenzkontrollen und <b>Zurückweisungen</b> von <b>Schutzsuchenden</b> an den Grenzen sind <b>unzulässig</b>.“ (S. 52 f.)</p> <p>„Wir wollen eine Politik, die bei <b>Ungerechtigkeiten</b> und <b>Gewalt</b> in der Welt <b>nicht wegschaut</b>, sondern sich mit friedlichen Mitteln einmischt. [...] Wir stehen für eine <b>Außenpolitik</b>, für die <b>Menschenrechte unteilbar</b> sind und bei der keine doppelten Standards gelten. Unsere Perspektive ist nicht die des Generals, sondern die der <b>betroffenen Menschen</b>.“ (S. 21)</p>	
--	--	--	--	--

		kohärente Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik ein, die Krisen und Konflikte frühzeitig erkennt und mit gezielten und koordinierten Maßnahmen <b>menschliches Leid verhindert.</b> “ (S. 149)		
--	--	---	--	--